

## KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

## CDU im Sauerland entscheidet zwischen Merz und Sensburg

**Arnsberg.** 480 Delegierte im Arnsberger Sportstadion entscheiden am Samstag, wer für die CDU um das aussichtsreiche Direktmandat Hochsauerlandkreis als Kandidat bei der Bundestagswahl antritt: der langjährige Abgeordnete Patrick Sensburg oder sein prominenter Herausforderer, der bei der Wahl zum Bundesparteivorsitzenden gescheiterte ehemalige Unionsfraktionschef Friedrich Merz (65). Der 49-jährige Sensburg vertritt das Hochsauerland seit 2009 im Bundestag und leitete als Vorsitzender 2014 den Untersuchungsausschuss zur NSA-Abhör-affäre. *dpa*

## Landesregierung verlängert und ändert Corona-Verordnung

**Düsseldorf.** Die NRW-Landesregierung verlängert mit Aktualisierungen ihre Corona-Schutzverordnung um eine Woche vom 18. bis zum 26. April. Dies soll die Zeit überbrücken, bis die geplanten bundeseinheitlichen Regelungen greifen.

Neu in die Liste der untersagten Freizeit- und Vergnügungstätten wurden ausdrücklich Minigolfanlagen, Hochseilgärten, Kletterparks „und ähnliche Einrichtungen für Freizeitaktivitäten drinnen und draußen“ aufgenommen. Das coronabedingte Betriebsverbot gilt weiterhin für Schwimmbäder, Spielbanken, Diskotheken, Zoos und Bordelle.

In Nordrhein-Westfalen haben Kommunen mit Notbremse – die also schon seit mehreren Tagen über einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100 liegen – die Möglichkeit, Allgemeinverfügungen zu erlassen, die den Bürgern mit aktuellen Tests etwa den Besuch von Geschäften und Museen weiter erlaubt. *dpa*



Patrick Sensburg und Friedrich Merz FOTO: CARSTENSEN / DPA, STUDNAR / FFS



Schnittstelle Krisenstab: Kommunen könnten sich dort auch über die Situation in ihren Kliniken austauschen.

FOTO: DPA

## „Brauchen echten Krisenstab“

Nordrhein-Westfalen verzichtet bislang auf ein Gremium, in dem das Land mit Kreisen und Kommunen gemeinsam nach Lösungen sucht. Doch der Ruf danach wird lauter

Von Matthias Korfmann

**Düsseldorf.** Immer lauter wird die Forderung aus Rathäusern und Landtagsopposition, NRW möge angesichts der sich zuspitzenden Corona-Lage einen richtigen Krisenstab einrichten, der mit den Städten und Kreisen zusammenarbeitet. „Aktivieren Sie den Krisenstab des Landes“ rief Grünen-Fraktionschefin Josefine Paul am Donnerstag im Landtag in Richtung Regierungsbank.

## Was ist ein Krisenstab?

Ein Krisenstab organisiert Maßnahmen und staatliche Hilfen, um eine schwere Krise zu bewältigen. Zum Beispiel eine Naturkatastrophe, einen Terroranschlag oder einen schweren Stromausfall. Vertreter von Politik und Verwaltungen sitzen in diesen Stäben, oft auch Experten aus Sicherheitsbehörden und von Rettungsdiensten. Einer der bekanntesten in der Geschichte der Bundesrepublik war der „Große Krisenstab“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer durch RAF-Terroristen.

## Hat NRW einen Corona-Krisenstab?

Nein, zumindest keinen, der so

heißt. Die NRW-Landesregierung hat einen sogenannten „Krisenkoordinationsrat“ (KKR), der mindestens wöchentlich, oft auch spontan tagt, wenn es einen konkreten Anlass gibt, sagt ein Sprecher der Staatskanzlei. Diesem Rat gehören die Staatssekretäre der Ressorts an, so aus dem Gesundheits-, Innen- oder Schulministerium. Es gibt in NRW auch einen „Expertenrat-Corona“ mit Juristen, Ökonomen, Medizinern und Soziologen, aber das ist kein Krisenstab. Er gibt unverbindliche Empfehlungen zum Umgang mit der Pandemie.

## Ist der Verzicht auf einen Krisenstab akzeptiert?

Nein. Vor allem in den NRW-Kommunen ist immer wieder die Frage zu hören, warum sie nicht regelmäßig in einem solchen Stab mitreden können. Schließlich müssen Städte und Kreise die Corona-Schutzverordnung vor Ort umsetzen und die Einhaltung der Corona-Regeln kontrollieren. Sie sind auch als Schulträger und städtische Kitas direkt von politischen Entscheidungen zur Corona-Krise betroffen. Bochums Oberbürgermeister Thomas Eiskirch (SPD) sagte als Vorsitzender des Ruhrgebiets-Kommunalrates die

Vize-Ministerpräsident Joachim Stamp FOTO: DPA

ser Redaktion: „Seit einem Jahr kritisieren wir, dass es in NRW keinen Landes-Krisenstab gibt. Die Folge ist zum Beispiel, dass das NRW-Gesundheits- und das -Schulministerium die Beschlüsse von Bund und Ländern unterschiedlich interpretieren. Es gibt keine Klarheit, und das ist ein Riesenproblem. Wir brauchen einen echten Landes-Krisenstab, damit die Landesregierung zu einer einheitlichen Linie findet. Noch besser wäre es, wenn die Kommunen mit in diesem Krisenstab säßen.“

Essens OB Thomas Kufen (CDU) geht in seiner Kritik nicht so weit, stellt aber zum Thema Krisenmanagement fest, dass die Kooperation der Städte mit der Landesregierung nicht immer so reibungslos funktioniert wie gewünscht: „Die Zusammenarbeit mit dem NRW-Gesundheitsministerium ist mittlerweile exzellent. Das Schulministerium kann sich davon eine Scheibe abschneiden. Wir sind manchmal schon froh, wenn Schulen uns die Schulmails zur Verfügung stellen, weil die Kommunen als Schulträger sie oft gar nicht oder verspätet bekommen. Das geht so nicht.“ Die Großstädte und Kreise in NRW verfügen übrigens über eigene Corona-Krisenstäbe.

## Wie lautet die Einschätzung der Landesregierung?

NRW-Vize-Ministerpräsident Joachim Stamp (FDP) forderte am Donnerstag im WDR für ein besseres Krisenmanagement in Deutsch-

land „übergreifende und interdisziplinäre Krisenstäbe“ mit erfahrenen Experten. Die könnten im Kampf gegen die Pandemie mehr leisten als die Runde der Ministerpräsidenten oder diverse Bundestagsausschüsse. Grünen-Fraktionschefin Paul konterte auf der Sondersitzung im Landtag: „Machen Sie doch einfach mal. Nicht fordern, Herr Stamp, den Krisenstab des Landes kann die Landesregierung übrigens einfach einsetzen.“

## Haben andere Bundesländer Corona-Krisenstäbe?

Ja, aber Art und Zusammensetzung dieser Stäbe gleichen einem föderalen Flickenteppich. Viele Länder lassen sich nicht richtig in die Karten schauen, zum Beispiel Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland haben ihre Krisenstäbe breit aufgestellt. In Bayern sitzen zum Beispiel Polizei und Katastrophenschutz regelmäßig mit am Tisch. Im Saarland nehmen neben Vertretern der Landesregierung auch Landräte, die Krankenhausgesellschaft, Kassenärzte, die Pflegegesellschaft, Rettungskräfte und Virologen teil.

## Gibt es einen Corona-Krisenstab des Bundes?

Ja, in ihm sitzen Experten des Bundesinnen- und des Bundesgesundheitsministeriums. Er erstellt unter anderem Corona-Lagebilder für Behörden.

## GLOSSE

## Schlaue Meise

Diese Kohlmeise brachte ihre Artgenossen zum Staunen: Vor Jahren wurde beobachtet, wie ein Vögelchen es schaffte, die Verschlussfolien von Milchflaschen zu öffnen, um an die darunter haftende Rahmschicht zu gelangen. Das Verhalten breitete sich rasch unter allen Kohlmeisen im Land aus.

Wissenschaftler nennen dies „Kultur bei Tieren“. Darunter verstehen sie Verhaltensweisen, die durch soziales Lernen erworben, geteilt und weitergegeben werden. Die Forscher wollten nun wissen, wie solche Lerneffekte zustande kommen. Sie brachten dazu wilde

Meisen mit einem im Labor gehaltenen Schwarm zusammen. Die fremden Vögel machten den anderen dann vor, wie sie mit Hilfe eines Tricks an das versteckte Futter in der Box kamen. Nach einer Weile lösten auch die anderen Meisen das Rätsel. Die Forscher sahen ihre Annahme bestätigt, dass Zuwanderung eine Rolle bei der kulturellen Weiterentwicklung spielen kann. So hätten zugewanderte Artgenossen oft einen neuen Blick auf ein Problem und fänden schneller eine Lösung.

Manchmal lässt sich auch von Kohlmeisen etwas lernen. *CHO*

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

## America First

**War der Tod in Afghanistan umsonst?** Der „gute Mensch“ Biden begeht genau den gleichen Fehler wie seinerzeit der „gute Mensch“ Obama, der mit seinem publikumswirksamen Truppenabzug aus dem Irak dem IS den Weg bereitete... „America First“, das war immer das Credo der amerikanischen Außenpolitik, ob unter den demokratischen Präsidenten oder dem Enfant terrible Trump. Klaus Mordt, Essen

## Falsche Prioritäten

**Wechselunterricht.** Wann begreift man in Düsseldorf endlich, dass die Schulministerin fehl am Platz ist? Warum hört man nicht auf die Leute, die immer wieder fachkompetente Aussagen machen? Solange unser Ministerpräsident nur mit seiner Kanzlerkandidatur beschäftigt ist, verliert er den Blick auf seine Regierungsmannschaft und auf das, was nicht nur den Eltern so wichtig ist: den Bildungsfortschritt der Kinder. Helmut Tomkötter, BO

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: [meinungsforum@waz.de](mailto:meinungsforum@waz.de) (Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)

## WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke

Chefredakteur: Andreas Tyrock. Stellvertreter: Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos.

Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk), Chef vom Dienst Lokales: Heinz-Dieter Schäfer, Wirtschaft: Stefan Schulte. Rhein-Ruhr: Frank Preuß. Sport: Peter Müller. Kultur: Jens Dirksen. Wochenende: Marc Oliver Hänig. Düsseldorf: Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. Redaktion/Reporter: Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstadt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßling, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gönna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). Produktion: FUNKE Redaktions Services; Oliver Multhaup (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). Technik: Andreas Mangen.

Mediacampus WAZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin. Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der FUNKE Zentralredaktion Berlin: Jörg Quos (Chefredakteur), Jochen Gaugale (Stellv.), Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelreich (Stellv.), Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de; E-Mail: [zentralredaktion@waz.de](mailto:zentralredaktion@waz.de).

Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbelangen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 46, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhalten stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.

Anzeigen: FUNKE Services GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; [vermarktung@funkemedien.de](mailto:vermarktung@funkemedien.de).

Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.

Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710\*, Fax 0800 6060750\* (\*kostenlose Servicenummer).

E-Mail: [leserservice@waz.de](mailto:leserservice@waz.de)

Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE

Verlag: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.

Geschäftsführer: Thomas Kloß, Christoph Rüh, Andreas Schoo, Michael Wüller

Druck: FUNKE NRW Druckzentrum GmbH, Hohensyburgstr. 67, 58099 Hagen

Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

Von Christopher Onkelbach

**Bochum.** Der Bochumer Grundrechtsexperte Prof. Stefan Huster kritisiert die mit der Bundes-Notbremse möglichen Ausgehverbote zwischen 21 Uhr und 5 Uhr morgens als politische Holzhammermethode. „Es geht zu weit, den Menschen zu verbieten, abends einen Spaziergang um den Block zu machen. Davon geht keine Infektionsgefahr aus“, sagt der Professor für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht sowie Rechtsphilosophie an der Ruhr-Uni Bochum.

Die Maßnahmen müssten zielgenauer sein und von der Politik vor allem gut erklärt und begründet

werden. „Ausgangssperren sind das allerletzte Mittel“, so Huster. „Sie sind ein außerordentlich grobes Instrument, da es nicht verhindert, dass Menschen sich zusammensetzen und feiern.“

Grundsätzlich verfassungswidrig seien Ausgehverbote allerdings nicht. „Man muss sich die Begründung dafür genau ansehen. Wenn Ausgangssperren Besuche verhindern sollen und es hinreichende Hinweise dafür gibt, dass Treffen in privaten Räumen ein wesentlicher Treiber der Pandemie sind, dann kann eine solche Regelung für eine befristete Zeit zulässig sein“, führt Huster aus.



Stefan Huster FOTO: RUB

Zuletzt hatte das Verwaltungsgericht Arnsberg in mehreren Verfahren solche Regelungen beanstandet. Nun wollen die betroffenen Kreise Siegen-Wittgenstein und der Märkische Kreis die Streitfrage vor das Oberverwaltungsgericht bringen.

Das Thema habe landes- und bundespolitische Tragweite, so die Begründung. „Bei solch weitgehenden Regelungen besteht die Gefahr, dass diese Verordnungen von den Gerichten gekippt werden“, so Huster. Wenn Ausgangssperren aber im Infektionsschutzgesetz verankert werden, bliebe Klägern nur der Gang vor das Verfassungsgericht.

Doch jenseits juristischer Fragen berührt die Maßnahme das Lebensgefühl vieler Menschen. Ausgangssperren vermitteln den Eindruck von Hausarrest oder Einsperrung. „Je weniger den Bürgern einleuchtet, was entschieden wird und je größer die Maßnahmen werden, desto mehr gefährdet das die Bereitschaft, sich an die Regelung zu halten“, sagt Huster. Es sei ein Gebot politischer Klugheit, die Toleranzschwelle der Menschen nicht zu überfordern. „Rechtsstaatlich betrachtet muss man versuchen, die Maßnahmen so zielgenau wie möglich zu gestalten.“ Den Menschen daher zu verbieten, ab 21 Uhr aus dem Haus zu gehen, „das ist grenzwertig“.

## Politische „Holzhammermethode“

Experte: Statt pauschaler Ausgangssperren sollten Corona-Maßnahmen zielgenauer sein